



Übernahm mit dem Finanzdepartement auch ein paar «Baustellen» von Vorgänger Ueli Maurer, unter anderem das halbgezeigte Zollgesetz: Bundesrätin Karin Keller-Sutter (FDP).

Bild: Michael Buholzer/KEYSTONE

Um die Revision des Zollgesetzes, das vom früheren Finanzminister Ueli Maurer und seinem Zolldirektor Christian Bock stammt, steht es schlecht. Es droht in der parlamentarischen Beratung die Totgeburt. Die Rechtskommission des Nationalrats plädiert für Rückweisung.

Vor allem ins Gewicht fällt aber die Kritik der Kantone, die schwere Vorbehalte gegen die geplante Zollgesetzgebung haben ([CH Media berichtete](#)). Sie stossen sich unter anderem daran, dass das neue Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) mit dem neuen Gesetz in mehreren Bereichen in den «originären Kompetenzbereich der Kantone» eingreifen will. Unter anderem weise das Regelungskonzept trotz Überarbeitung nach der Vernehmlassung «nach wie vor einen

institutionellen Mangel auf, indem das BAZG offensichtlich – parallel zur Polizei – originäre polizeiliche Kompetenzen erhalten soll».

Dies widerspreche «der geltenden verfassungsmässigen Kompetenzaufteilung, welche die innere Sicherheit primär als kantonale Aufgabe deklariert und sich damit zur kantonalen Polizeihochheit bekennt», so die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD).

Jetzt will die neue Finanzministerin Karin Keller-Sutter (FDP) retten, was zu retten ist. Eine Arbeitsgruppe des Bundes mit den Kantonen, also mit Vertretern der KKJPD, soll die festgestellten Probleme genauer analysieren und Lösungsvorschläge unterbreiten, wie das Finanzdepartement bestätigt.

Präsident der Arbeitsgruppe wird Urs Hofmann, ehemaliger Regierungsrat im Kanton Aargau und früherer SP-Nationalrat. Hofmann war einst selbst Präsident der KKJPD und genießt bei Kantonen wie Bund grosses Vertrauen. Auch Karin Keller-Sutter präsidierte als St. Galler Regierungsrätin einst die KKJPD.

Die Arbeitsgruppe aus Bund und Kantonen liefert die Resultate ihrer Arbeit bis April: Dann nämlich muss die federführende Wirtschaftskommission des Nationalrats (WAK) unter Leo Müller (Die Mitte) entscheiden, wie es mit dem umstrittenen Gesetz weitergehen soll.

Eine Option ist Rückweisung an den Bundesrat, aber die neue Finanzministerin geht offensichtlich davon aus, dass dies nicht nötig und nicht zielführend ist. Jedenfalls ist das Gesetz zeitkritisch. Es sollte eigentlich 2024 in Kraft gesetzt werden, aber das ist mittlerweile illusorisch. Früheste Inkraftsetzung scheint 2025 denkbar.

Was Bundesrätin Keller-Sutter jetzt macht, indem sie das Gespräch mit den Kantonen sucht, hätte schon weit früher passieren können. So bemängelten die Kantone, dass es nach einer ersten Überarbeitung des Entwurfs der Zollgesetzgebung eine zweite Vernehmlassung gebraucht hätte. EFD und BAZG-Spitze wollten das allerdings nicht, offensichtlich auch aus Zeitgründen.



Soll helfen, das Zollgesetz zu retten: Urs Hofmann, alt Regierungsrat aus dem Aargau, ehemaliger SP-Nationalrat.

Bild: Valentin Hehli/AGR

Die neue Zollgesetzgebung wurde vom Zolldirektor Bock einst gewissermassen in Eigenregie durchgezogen. Er holte extern zwei Juristen und setzte sie auf das Gesetz an, weil er den eigenen Experten, das heisst den Fachleuten im Zoll, nicht traute und weil die gegen seine Vorstellungen vom neuen Gesetz opponierten. Zwei seiner «Visionen»

waren etwa das BAZG als Datenkrake, die alle irgendwo verfügbaren Informationen über Personen und Unternehmen sammelt und analysiert.

Auch die Abschaffung oder Auflösung des bisherigen Grenzwachtkorps (GWK) war ein vorrangiges Ziel. Faktisch ist diese Auflösung längst im Gang, obwohl das GWK in der heute gültigen Zollgesetzgebung verankert ist. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat diese und andere Handlungen unter Maurer und Bock heftig kritisiert.

Nicht nur bei den Kantonen stand und steht weiterhin die Befürchtung im Raum, dass mit dem neuen BAZG eine Bundespolizei quasi durch die Hintertür geschaffen wird. Direktor Bock will sein Personal im Grundsatz bewaffnen und uniformieren, um es flexibel einsetzen zu können. Wohin das letztendlich führen wird, ist für viele Kritiker nicht transparent.

Sollte «die Absicht bestehen, eine zusätzliche operative Polizeiorganisation auf Bundesebene einzuführen, muss dies auf politischer Ebene und mit den Kantonen breit diskutiert werden», so die KKJPD in einem Schreiben ans Bundesparlament vom letzten Dezember. «Eine solche grundsätzliche Verschiebung von kantonalen oder Ausweitung von Bundeskompetenzen im Bereich der inneren Sicherheit sollte nicht im Rahmen der vorliegenden Zollgesetzrevision quasi als Nebeneffekt abgehandelt werden.»

Die Rechtskommission des Nationalrats beantragte letzte Woche zuhanden der WAK Rückweisung des Zollgesetzes, weil der «verfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung zwischen den Zoll- und Strafverfolgungsbehörden des Bundes und der Kantone» mehr Beachtung geschenkt werden solle.

Ausserdem zeigte sich die Kommission «kritisch gegenüber der in der Vorlage enthaltenen Grundrechtseingriffe sowie gegenüber den Bestimmungen, die vom Zwangsanwendungsgesetz abweichen». Die RK hatte sich zuvor insbesondere mit dem Datenschutzbeauftragten Adrian Lobsiger ausgetauscht , der von Anfang an sehr kritisch war gegenüber dem neuen Zollgesetz.

Im BAZG selbst ist die Stimmung unterdessen weiterhin schlecht, wie Insider unisono berichten. Das «Gschtürm» und damit die Unsicherheit über das neue Gesetz trägt seinen Teil dazu bei; intern werde kaum mehr informiert, so habe dieses Jahr auch das Grusswort des Direktors zum Jahresende gefehlt.



Brauten die Suppe, die andere jetzt konsumfähig machen sollen: Ueli Maurer, rechts, und Christian Bock, Direktor Zoll, hier bei einem Auftritt im Jahr 2019, drückten das umstrittene Zollgesetz durch den Bundesrat.

Bild: Peter Klaunzer/KEYSTONE

Auf die Gemüter schlägt auch, dass interne Reformen zumindest faktisch nach wie vor vorangetrieben werden, obwohl die gesetzliche Basis auf sich warten lässt. Für Unruhe und Unsicherheit sorgt nach wie vor die hastig vorangetriebene Verschmelzung der bisherigen Berufsbilder Zöllner (Warenkontrolle) und Grenzwächter (Personenkontrolle) und die zunehmende Unzufriedenheit des Personals mit der täglichen Arbeit.

Bei der Ausbildung gab es viele Probleme, die teilweise aber jetzt behoben seien. An allen Ecken und Ende fehle es aber an Leuten, sagen Insider, aus einer ganzen Reihe von Gründen, die aber fast ausnahmslos hausgemacht seien. «Wir pfeifen aus dem letzten Loch», sagt ein Grenzwächter, «die

Kontrolldichte nimmt ab.» Beim bisherigen Zollpersonal dagegen stelle man zuletzt vermehrt krankheitsbedingte Langzeit-Ausfälle fest.

Die grosse Frage ist für viele, ob die neue Finanzministerin an Direktor Bock festhalten wird. Dieser dürfte jedenfalls jetzt darauf hoffen, dass Troubleshooter Hofmann Erfolg hat und das Gesetz rettet. Und ihn dazu?

abo+ ZOLL

Kantone kritisieren das neue Zollgesetz scharf - wegen Murks zeichnet sich jahrelange Verspätung ab

Henry Habegger · 05.01.2023



abo+ SERIE (3/3)

Überwachung total? Wie sich Zolldirektor Bock von zwei Juristen ein «Ermächtigungsgesetz» fabrizieren liess

Henry Habegger · 21.04.2021



Copyright © St.Galler Tagblatt. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von St.Galler Tagblatt ist nicht gestattet.